

Lesung anlässlich der Einführung der Einheitsschule 1919.

Für 12 Sprecher oder weniger

Alle Sprecher folgen zu jeder Zeit dem Geschehen. Bleiben Sie in Ihren Rollen! Sie SIND die historische Figur (und auch Sie selbst - aber eben immer als Spieler). Bitte bleiben Sie wachsam, folgen Sie dem Gesagten, kommentieren Sie es mit Unmutsbekundungen, Beifall, Zustimmung, Gemurmel. Seien Sie aktiv! Schaffen Sie ein Zentrum dadurch, dass Sie Ihre Aufmerksamkeit SENDEN. Sie sind auf der Bühne!

Sprechen Sie zügig, deutlich, betont. Verstehen Sie, was Sie lesen, setzen Sie Betonungen, bleiben Sie in Ihrem Text, schauen Sie von Zeit zu Zeit ins „Parlament“ - unser Publikum im Kaisersaal.

| | | |
|---|--------------|--------------------|
| Sprecher 1: Moderator | neutral | Julian Georg |
| Sprecher 2: konservativer Abgeordneter vor 1918 | konservativ | Mathias Petersen |
| Sprecher 3: konservativer Abgeordneter vor 1918 | konservativ | Anja Frotscher |
| Sprecher 4: Leser der Konstituante von 1849 | neutral | Klaus Bullan |
| Sprecher 5: Dr. Anton Ree, Bildungsreformer | konservativ | Ingrid Lohmann |
| Sprecher 6: Vorsitzender der Sitzungen der Bürgerschaft | neutral | Sabine Böddinghaus |
| Sprecher 7: Theodor Blinckmann (DDP) | progressiv | Norman Paech |
| Sprecher 8: Heinrich Schumann (SPD) | progressiv | Horst Bethge |
| Sprecher 9: D. Friedrich G. T. Rode (DVP) | konservativ | Herbert Schui |
| Sprecher 10: Richard Ballerstaedt (SPD) | progressiv | Uwe Grund |
| Sprecher 11: Dr. Andreas Koch (DNVP) | konservativ | Dora Heyenn |
| Sprecher 12: Bernhard Dinkgrefe (HWF) | kons./neutr. | Ute Krabbenhöft |

Die 12 Sprecher sitzen an Einzeltischen längs der Fensterfront im Kaisersaal. In der Mitte steht ein Rednerpult mit Mikrofon. Sprecher 1 und Sprecher 4 sind mit Funkmikrofonen ausgestattet.

Materialien:

1. Historische Aufnahme von Scheidemann Ausrufung der Republik
2. Bilder: Arbeiterfamilie, Anna, Annas Bruder, Schreibwarenladen
3. Glöckchen
4. (Sitzungs-) Hammer

Bearbeitung: Anselm Lenz et al

Stand: 01. November 2009

VORWORT: Dora Heyenn eröffnet (vor der Bühne!) den Abend, sagt die szenische Lesung an.

Frau Heyenn geht ZUR SEITE AB (um von hinten ihren Platz als Sprecherin der Lesung einzunehmen), SPRECHER 1 (Julian Georg) steht auf und beginnt:

SPRECHER 1: Das Mädchen, das Sie hier sehen, heißt Anna,
Ein kleines Mädchen, 10 Jahre alt. Sie lebt in Barmbek. Ihr Vater ist Hafenarbeiter, ihre Mutter versorgt die Familie. Sie wohnen in einer kleinen 2 Zimmerwohnung, ihr Bruder ist zwei Jahre jünger als sie.

Wenn Anna von ihrer Zukunft träumt dann liegt vor ihr, das was ihre Mutter auch ist, Hausfrau. Anna wird nicht wählen können, Anna wird keine höhere Schule besuchen, denn höhere Schulen kosten Schulgeld, und außerdem muss man eine Vorschule besuchen die ebenfalls Schulgeld kostet und sie ist ein Mädchen. Unerreichbar also für Anna, genauso allerdings wie für ihren Bruder, außerdem wird auch er wahrscheinlich nie wählen gehen denn dafür müsste er später mehr als 1200 Mark im Jahr verdienen, was er mit einfacher Bildung wohl kaum schaffen wird. Das Wahlrecht ist an das Einkommen gekoppelt.

Anna ihr Bruder und ihre Mutter sind damit beschäftigt satt zu werden, was nicht gerade leicht ist. Ihr Vater ist arbeitslos und schlägt sich durch mit Gelegenheitsjobs. Seit vier Jahren ist Krieg. Das Annas Vater nicht im Krieg ist, verdankt er seiner schlechten Gesundheit.

Annas Geschichte ist die tausender junger Menschen in Hamburg im Frühjahr 1918.

Warum bekommen Kinder wie Anna keine bessere Ausbildung?

SPRECHER 2 GEHT ZUM PULT UND SPRICHT ZUM PARLAMENT (ALSO INS PUBLIKUM):

SPRECHER 2 Meine Damen und Herren,
so anrührend ihre Schilderung ist, lassen Sie mich dazu einige Sachverhalte erklären. Es ist nicht so, dass es den Kindern aus geringen Ständen an den natürlichen Anlagen« mangelte, das würde niemand behaupten. Vielmehr begründet sich der Mangel an geistiger Beweglichkeit und an Auffassungsgabe, der zweifelsohne vorliegt, teils mit der Ermüdung durch körperliche Arbeit, teils durch ein Fehlen geistiger Anregungen durch Gespräche mit den Eltern oder häuslicher Lektüre. Kinder »wohlhabender Eltern« widmen ihre ganze Kraft den Anforderungen der Schule. Der Nachwuchs der »geringen Klassen« muss oft Stunden versäumen, um für die arbeitenden Eltern Essen zu bereiten, um jüngere Geschwister zu beaufsichtigen, um Erkrankte zu pflegen oder um Medizin aus der Apotheke zu holen.

Zwischenrufe der Konservativen: Sehr richtig!! (Einvernehmen)

Gemurmel vonseiten der Progressiven.

Kinder aus »höheren Ständen« bringen oft bereits erhebliche Lesefähigkeiten in die Schule mit. Eltern aus »geringeren Ständen« hingegen haben nicht die Zeit, nicht die Lust und wohl auch nicht die Fähigkeit, ihre Kinder entsprechend früh zu fördern. Deshalb können sie ihren Kindern auch später nach Schuleintritt nicht jenes Maß an häuslicher Nachhilfe zukommen lassen, das bei »den höheren Classen ... niemals fehlt«.

Zu beachten ist auch die Sprache. In den niederen Ständen wird schließlich durchweg plattdeutsch gesprochen, während der Unterricht, wie Sie wissen, im Hochdeutschen erteilt wird. Die Schulbücher und viele wichtige Begriffe verstehen die Kinder aus geringen Ständen infolgedessen nur halb oder gar nicht.

Gemurmel und erhöhte Aufmerksamkeit bei allen anderen.

SPRECHER 3 ergänzt rasch und deutlich von seinem Platz:

SPRECHER 3: Die Mutter wird der Tochter sagen: mein Kind, du musst die Stube auffegen und dann aufwaschen, wenn du auch nicht lernst wie Teller oder Besen auf französisch

oder englisch heißt. Der Vater wird dem Sohn auftragen, seine zerrissenen Schuhe zum Schuster zu bringen, wenn der Sohn darüber vielleicht auch nicht dazu kommt, in seinem Geschichtsbuch zu lesen.«

SPRECHER 2: Ja! Den Kindern bleibt nur die Wahl, die Nächte hindurch zu arbeiten oder in allen Fächern ein »Stümper« zu bleiben. Selbst wenn es den Projektmachern der Reformbewegung, die alles neu gestalten wollten, gelingen sollte, den Nürnberger Trichter zu erfinden, wäre nichts gewonnen. Zum Unterricht gehören Bücher, Atlas, Schreibgeräte, Hefte. Arme Eltern werden solche Anschaffungen nicht bezahlen. Bereits diese Gegebenheiten schließen eine gemeinsame und qualitativ gleiche Schulbildung für Kinder der Armen und der Wohlhabenden aus. Sie fordern, dass alle Kinder auch in den gleichen Räumen unterrichtet werden sollten. Doch daraus kann den Kindern der niederen Stände nur Schaden erwachsen. Denn erfahrungsgemäß beschäftigen Lehrer sich unwillkürlich und unbewusst mit jenen, die am aufmerksamsten sind und am leichtesten auffassen, deren Regsamkeit ihnen am meisten entgegenkommt. Dies sind aber nicht die Kinder, die Plattdeutsch sprechen. Unweigerlich würden sie also weniger beachtet werden, in ihrer Entwicklung zurückbleiben und die Schule »stumpf und dumpf verlassen«. Die getrennte Unterrichtung darf deshalb auf gar keinen Fall aufgehoben werden. Aber selbst wenn die Kinder aus den niederen Ständen wider Erwarten die Schule mit den gleichen Fähigkeiten und Kenntnissen verlassen würden wie die Kinder der Reichen, würde ihnen das nicht helfen. Wer eine Ausbildung im Kontor, als Kaufmann oder in einer Behörde beginnen will, benötigt Unterkunft, Verpflegung und gute Kleidung, bekommt aber keinen Lohn. Von armen Eltern ist die nötige mehrjährige Unterstützung nach Beendigung der Schulzeit nicht zu erwarten. »So muss der junge Mensch dem schönen Traum« entsagen. Er wird sich vielleicht sein Leben lang unglücklich und betrogen fühlen. »Wird ihn das nicht mit Erbitterung gegen sein Schicksal erfüllen?« Ein tägliches Zusammensein von reichen und armen Kindern wird für letztere auch leicht zum »Fallstrick der Sünde«. Sie hören vielleicht von den Genüssen des besseren Lebens und werden dadurch zur »Unterschlagung von Geldern, zu Betrug und Diebstahl« verführt. Außerdem würden sie sich erwiesenermaßen durch einen Schilling, oder einen Kuchen zu dummen Streichen oder zum Belügen des Lehrers verführen lassen. »Kurz, die armen Kinder werden die Sklaven der Reichen«. Ein gemeinsamer Unterricht ist deshalb sowohl für die Wissensvermittlung als auch bei der »sittlichen Ausbildung« schädlich.

BEIFALL durch die Konservativen. SPRECHER 2 geht an seinen Platz zurück, währenddessen:

SPRECHER 1: Meinungen wie diese waren durchsetzbar, obwohl schon in der Konstituante 1849 festgehalten wurde:

SPRECHER 1 SENDET das Wort mit einer Geste quer durch den Kaisersaal an SPRECHER 4, der die Geste auffängt und danach ins Publikum/Parlament spricht:

SPRECHER 4: Art. 156: Der Staat soll für die Bildung der Jugend durch öffentliche Lehranstalten, namentlich durch allen Volksklassen gemeinsame untere und höhere Volksschulen genügend sorgen.

• Art. 157: Für den Unterricht in den unteren Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten soll auch auf höheren Lehranstalten freier Unterricht gewährt werden.

ALLE: Freundlicher aber teilnahmsloser APPLAUS, klopfen auf die Tische. SPRECHER geht WÄHRENDEDESSEN zum Pult.

SPRECHER 1 *auf den Sprecher 5 deutend*: Dr. Anton Ree, Vorsteher der jüdischen Stiftungsschule am Zeughausmarkt, Bildungsreformer, auf seiner Schule wurden schon im Jahre 1880 Schüler unterschiedlichster Konfessionen und Bevölkerungsschichten gemeinsam unterrichtet...

SPRECHER 5: Bedenken Sie, meine Damen und Herren,
Ein Vorzug der allgemeinen Volksschule vor den Standesschulen besteht darin, „dass sie erstens die verschiedenen Klassen der Gesellschaft schon frühzeitig und zwar in der rechten Weise, unter den Augen des Erziehers, einander näher bringt, und dass sie zweitens der ganzen Bevölkerung eines Landes mit der Zeit einen mehr gleichmäßigen Charakter in Sprache, Sitte und Lebensanschauung verleihen wird. Das wird nicht nur vielen Einzelnen von unberechenbarem Vorteil sein, sondern auch einst dem Volke, der Nation im Ganzen ein innigeres Gefühl der Zusammengehörigkeit und damit mehr Einheit und mehr Tatkraft geben. Durch Einführung der allgemeinen Volksschule würde man der uns über kurz oder lang mit einem gewaltsamen Ausbruch bedrohenden Arbeiterfrage eine Spitze abbrechen, und zwar in der achtungswerthesten und reellsten Weise.“

SPRECHER 1: In Hamburgischen Bürgerschaft, gewählt von denen die dazu qua Stand oder Einkommen ein Anrecht hatten, saßen kaum Abgeordnete, die ein Interesse daran gehabt hätten, die bestehenden Verhältnisse der Standesschule zu verändern. Lediglich 19 von 160 Abgeordneten gehörten der SPD an. Die Reden Anton Rees blieben ungehört.

ALLE BLICKEN IN RICHTUNG PROJEKTION (ETWAS IST PASSIERT!!!)

Audio: Scheidemann, Ausrufung der Republik

SPRECHER 1: Dr. Anton Ree hatte also recht behalten. Und für Anna und ihre Familie änderte sich alles. Auch wenn Sie diese Rede nie gehört hatten. Ihre Mutter ist wählen gegangen, ihr Vater auch, sie haben gelernt die Stimme zu erheben, sie haben protestiert, sie haben, zumindest fühlen sie sich so, eine Revolution angezettelt. Sie haben beschlossen keinen Krieg mehr zu führen. Und der Krieg ist tatsächlich zu Ende. Innerhalb von Monaten hat sich ihre ökonomische Situation zwar kaum verbessert, aber sie sind jetzt ein nicht mehr mundtot zu machender Teil der Gesellschaft geworden. Doch die Vertreter ihrer Interessen zerfleischen sich gegenseitig, die KPD beteiligt sich aus Protest über die Absetzung der Arbeiter- und Soldatenräte nicht an den Bürgerschaftswahlen. Trotzdem gelingt die Errichtung einer neuen Ordnung. Und obwohl die SPD über die Hälfte der Stimmen erhält, stellen die Liberalen der DDP mit Carl Petersen den 1. Bürgermeister, ein Zugeständnis der SPD, um das Bürgertum nicht zu verprellen.

(SPRECHER 6 geht währenddessen zum Pult.)

Wird Anna nun auch andere Chancen bekommen?

SPRECHER 6: Meine Damen und Herren,
ich heiße Sie willkommen zur 5. Sitzung der Bürgerschaft im Hamburger Rathaus am 16. April 1919. Es folgt also Punkt 19 der Tagesordnung, Antrag Blinckmann und Genossen, betreffend die Einheitsschule.
Ich erteile damit Herrn Blinckmann von der DDP das Wort.

SPRECHER 7 geht zum Pult, Sprecher 6 nimmt wieder Platz.

SPRECHER 7: Meine verehrten Damen und Herren,

Der Antrag, den wir Ihnen gebracht haben, hat schon der alten Bürgerschaft vorgelegen, wenigstens in seinem wesentlichen Teil. Und wenn wir heute den Antrag wiederholen und in einem wichtigen Punkt erweitern, geschieht es deshalb, weil wir der Meinung sind, dass endlich Ernst gemacht werden muss mit der Umgestaltung unseres Schulwesens. Unsere heutige Schule ist bekanntlich eine Standesschule. Wenn unser Staatswesen sich aufbaut auf eine demokratische Grundlage, ist es unmöglich, dass wir das Schulwesen, welches das Abbild des zusammengebrochenen Klassenstaates ist, weiter so belassen.

Zwischenrufe der Progressiven: Sehr richtig!

Ablehnung vonseiten der Konservativen.

Zwei Maßregeln sind es, die die höheren Schulen abgeschlossen haben von den Volksschulen, erstens: das hohe Schulgeld, zweitens: die Verschiedenartigkeit der Lehrpläne zwischen den höheren Schulen einerseits und Volksschulen andererseits. Es ist Ihnen allen bekannt, das der Senat schon im vorigen Jahr den Antrag gestellt hat, das Schulgeld und die Vergütung der Schulbücher und Lernmittel fallenzulassen. Obwohl dieser Antrag nicht mehr zur Verabschiedung gekommen ist, wird tatsächlich schon seit dem 1. Januar 1919 an den Volksschulen das Schulgeld und die Vergütung für die Bücher nicht mehr erhoben. Der Antrag ist also tatsächlich schon Gesetz geworden.

Schon damals ist aber darauf hingewiesen worden, wenn man das Schulgeld für die Volksschulen aufhebt, kann das Schulgeld an den höheren Schulen nicht bestehen bleiben. Denn wenn der Staat grundsätzlich die Verpflichtung anerkennt, die Bildung, die die Volksschule vermittelt unentgeltlich darzubieten, so erkennt er auch an, dass die Volksschule zum Nutzen und Interesse der Gesamtheit arbeitet, denn sonst dürfte er die Mittel der Gesamtheit nicht dazu verwenden.

Arbeiten die höheren Schulen nicht im Interesse der Gesamtheit?

Meine Damen und Herren, die Zeiten sind vorüber wo der weitaus größte Teil unseres Volkes mit einer Bildung auskommen konnte, wie sie die Volksschule bietet. Heute ist der Stand der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung ein derartiger, dass wir auf allen Gebieten voll ausgebildete Kräfte brauchen, hohe Fachbildung auf allen Gebieten unseres Lebens, die eine höhere Schulbildung voraussetzt. Die höhere Schule dient also unbedingt dem Interesse der Gesamtheit und damit hat auch die Gesamtheit die Kosten dafür zu tragen.

Allerdings, meine Damen und Herren, glauben wir, dass solche grundsätzlichen schulpolitischen Erwägungen bei Festsetzung des Schulgeldes nicht maßgebend gewesen sind, das waren allgemein politische Gründe.

Man wollte eben, --- darüber wollen wir uns klar aussprechen, --- die höheren Schulen für die besitzenden Klassen reservieren, man wollte die höhere Bildung den besitzenden Klassen vorbehalten.

WIDERSPRUCH der Konservativen!

Ja, meine Damen und Herren so ist es, und wenn ich es heute wiederhole, dann soll das ganz gewiss nicht ein Vorwurf sein, den ich den Herren machen will, dass sie das früher gemacht haben. Das konnte gar nicht anders sein. Das ging nach ihren Anschauungen nicht anders; denn wenn man auf dem Boden steht, dass die Besitzenden die Träger des Staates sind, dann ist selbstverständlich, da das ohne Bildung nicht gut denkbar ist, dass man ihnen auch die Bildung reserviert.

EMPÖRTER WIDERSPRUCH der Konservativen! - Gemurmel aller anderen.

Ja! - Man hat also die Bildung mit dem Besitze verbunden und so kam man zu dem Schlagworte: Besitz und Bildung sind die Träger des Staates.

Meine Damen und Herren!!!

Wenn wir auf demokratischem Standpunkte stehen, dürfen wir einen solchen Satz nicht mehr als richtig anerkennen. Wir sagen heute: Arbeit und Bildung sind die Träger des Staates, und ebenso gut wie jeder ein Recht hat auf Arbeit, so hat jeder ein Recht auf Bildung. Die Bildung ist ein Gemeingut von dem jeder das Recht hat, sich soviel anzueignen, wie ihm nach seinen Kräften möglich ist, und daher fordern wir grundsätzlich, dass jedes Kind ein Recht drauf hat, sei es Knabe oder Mädchen, sich diejenige Bildung anzueignen, die ihm nach seinem geistigen, moralischen und körperlichen Kräften zusteht.

Von diesem grundsätzlichen Standpunkt aus, fordern wir Schulgeldfreiheit für alle Schulen!!!

Ich bedaure auf das Lebhafteste, meine Damen und Herren, dass die Herren von der sozialdemokratischen Partei diesen grundsätzlichen Standpunkt verlassen haben. Sie haben in ihren Anträgen gesagt, sie wollen vorläufig von denjenigen Klassen, die noch nicht in das Einheitssystem eingegliedert sind, das Schulgeld weiter fordern. Sie sagen: Das sind Standesschulen, die die Eltern für ihre Kinder gewählt haben. Diese Eltern sollen das Schulgeld weiter zahlen.

Wenn das Schulgeld erhalten bleibt, werden die Kinder, deren Eltern das Schulgeld nicht aufbringen können, um Freistellung bitten müssen. Sie beginnen also die Einheitsschule damit dass sie in den höheren Schulen Zahlschüler und Armenschüler schaffen. In Zukunft werden jene geradezu gezeichnet sein, die kein Schulgeld zahlen.

Meine Damen und Herren, das ist das Wesentliche, dass ich zu sagen habe, Wir wollen unsere Anträge nicht noch weiter belasten.

Es ist nun der Antrag auf Ausschussberatung gestellt worden,
Meine Damen und Herren!

Ich bitte Sie diesen Antrag abzulehnen, über die Umgestaltung des Schulwesens ist tatsächlich zu viel gesprochen worden.

ZURUF SPRECHER 9 (RODE): In Ihren Kreisen!

Herr Rode ruft mir zu: „In Ihren Kreisen!“ Meine Damen und Herren!

Vergessen Sie eins nicht. Woran ist unser alter Staat gescheitert?

Daran, dass er nicht mehr fähig war Reformen durchzuführen!

Alle großen Reformgedanken gingen an lauter Bedenkllichkeiten zugrunde. Wenn Sie mir das so nicht glauben wollen, verweise ich auf das preußische Wahlrecht. Hat das Herumdoktern daran nicht dazu beigetragen, dass wir zugrunde gegangen sind?

ZURUF SPRECHER 9 (RODE): Aber nicht in Hamburg!! - Gemurmel der anderen.

Ich komme jetzt zu Hamburg. Haben wir nicht jahrelang vergeblich an einer Verwaltungsreform gearbeitet?

An unserem Unterrichtsgesetz wird, ich glaube, ich irre mich nicht, seit dem Jahre 1900 gearbeitet. Das sind 19 Jahre!!!

Nach 18 Jahren bekamen wir einen Gesetzentwurf der im Wesentlichen so aussah, wie das frühere Gesetz.

Soll jetzt das alte Spiel von neuem beginnen? Wollen wir wieder einen Ausschuss einsetzen und dann wieder an den Senat herantreten?

Lassen Sie uns das nicht machen, lassen Sie uns zeigen, dass, auch wenn wir möglicherweise Fehler machen, wir frisch zugreifen wollen.

ZURUF SPRECHER 3: Arme Jugend!!!! Wenn Sie Fehler machen?

Besser wir lernen durch Fehler, als dass wir gar nichts lernen. Deshalb bitte ich sie: nehmen sie unsere Anträge an.

SPRECHER 7 GEHT AB AN SEINEN PLATZ. ALLGEMEINE UNRUHE. SPRECHER 8 GEHT ANS PULT.

SPRECHER 8: Meine Damen und Herren! - Schumann, SPD, grüße Sie.

Wenn wir heute den ersten ganz behutsamen Schritt in der Umgestaltung des Schulwesens tun wollen, so handelt es sich um zwei Dinge, um das, was hier in diesen Anträgen steht, um die Umgestaltung der äußeren Form. Aber viel wesentlicher und wichtiger ist die Umgestaltung des inneren Lebens unseres Schulwesens, und ich freue mich, dass wir als erste Tat unserer neuen Schulverwaltung die Verkündung der Lehrfreiheit auch in der Volksschule bekommen haben.

Wir sehen jetzt vor uns, dass wir aus dem alten Trott der Bildung von Untertanen und gehorsamen Staatsbürgern herausgekommen sind, und jetzt freie Menschen bilden wollen. Und all diese Dinge, die sich so ganz ohne revolutionäre Rhetorik, so ganz still und bescheiden in unserem Schulwesen durchsetzten, die wiegen unendlich schwerer, als die kleinen behutsamen Schritte, die wir in der Umgestaltung der äußeren Form vornehmen wollen, so dass es kaum verständlich ist, wenn man das große Innere so umgestaltet, dass man nun Bedenken wegen dieser kleinen Umstellung der Form haben kann.

Ich komme zu den einzelnen Dingen.

Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der Einheitsschule. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass auch mit dieser Einheitsschule die Schulgeldfreiheit verbunden sein muss. Allerdings ist das Schulgeld zahlen eine unbedingte Vorbedingung der Standesschule. Die Standesschule hat nur dann ein Recht zu sein, wenn sie das Privileg des einzelnen Standes auch von diesem bezahlen lässt, und sich niemals diese Privilegien auf Kosten des Staates verschafft. Solange wir also eine Standesschule haben, und selbst im Abbau haben, verlangen wir, dass Schulgeld gezahlt wird. Deshalb können wir weil wir ganz unserem Grundsätze treu bleiben, die sofortige Aufhebung des Schulgeldes auch in den höheren Schulen nicht billigen. Man kann einen Tertianer nicht wieder in die Volksschule einschieben, der muss da bleiben, wo er ist, und weil er aufgrund seines Standesvorrechts in diese Schule hineingekommen ist, muss er bis ans Ende seiner Schulzeit diese Konsequenz des Schulgeldzahlens tragen.

Nun kennen wir aber unser Publikum sehr gut, und ich bin selber in der Lage, Kinder in höheren Schulen gehabt zu haben, und ich weiß deshalb sehr wohl, dass in den höheren Schulen eine große Zahl von Schülern ist, die deswegen dorthin mussten, weil ihre Eltern ein Interesse daran hatten, ihren Kindern die bessere Bildung zu geben, ob sie das Geld hatten oder nicht, das spielte zunächst gar keine Rolle. Sie schickten die Kinder hinein und sagten sich, wir werden das Geld wohl zusammenbringen.

Wir haben schon heute in unseren gesetzlichen Bestimmungen der Oberschulbehörde das Recht gegeben, Schulgeld nicht zu erheben, auch in den höheren Schulen nicht.

Es ist aber bis jetzt nur ein ganz geringer Prozentsatz der Eltern, der dieses Recht für sich in Anspruch nimmt, aber es steht dem gar nichts im Wege, dass dieses Verfahren so weit ausgedehnt wird, als es nach Recht und Billigkeit ausgedehnt werden kann.

Wir von der Bürgerschaft, als der Inhaber der politischen Gewalt, verlangen, dass die Oberschulbehörde sagt: Alle Schüler die aus der Volksschule gekommen sind, bezahlen jetzt kein Schulgeld mehr.

ZURUF SPRECHER 9 (RODE): Müssen wir beschließen!

Darüber hinaus fordern wir, dass die neue Grundschule auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt wird und können uns aber zunächst mit den vier Jahren begnügen. Dem widerspricht ja auch keine Seite, also müssen diese Fragen nun wirklich nicht einem Ausschuss zur Prüfung übergeben werden. Für alles weitere haben wir das ganze nächste Jahr Zeit.

Nun haben wir den Anträgen von Blinckmann hinzugefügt, dass auch die Errichtung weiterer Privatschulen von Ostern ab nicht mehr gestattet sein soll.

Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass Menschenbildung niemals Gegenstand eines privatkapitalistischen Unternehmens sein darf, zumal diese Privatschulen ganz allein davon profitieren, dass sie ihre Lehrkräfte in der allerschlimmsten Weise ausbeuten.

Wenn wir uns wegen der entgegenstehenden Schwierigkeiten (Umschulungen, Schließungen etc.) dazu verstanden haben, die Sache vorläufig so zu lassen, wie sie ist, so ist das schon ein schwerer Entschluss von uns. Aber sie können nicht verlangen, dass wir ruhigen Auges zusehen, wie sich überall Privatschulen auf tun.

Ich habe noch vor einigen Tagen gesehen wie auf dem Rothenbaum allerlei zusammengesuchtes Material an Schulutensilien, Möbeln usw. abgeladen wurde, lediglich weil ein spekulativer Kopf die Gelegenheit ausnutzen will, an seine Tür schreiben zu können: Hier kann man auch Bildung gegen Bezahlung bekommen! Ich werde jetzt nicht weiter auf Herrn Blinckmanns Äußerungen eingehen in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit.

Aber wenn nun einmal nach Jahren das Hamburger Volk aus den Niederungen der geschichtlichen Entwicklung, in die es heute hineingestoßen ist, sich wieder erheben wird in die höheren Bahnen der Entwicklung, dann werden wir stolz darauf sein können, dass am Eingang dieser neuen Entwicklung gestanden hat: die Verkündung der Lehrfreiheit an der Volksschule und die Verkündung der Aufbaus der Einheitsschule. Das werden die beiden großen Dinge sein, die unser Volk zu innerer geistiger, sittlicher Reife und Tüchtigkeit führen werden. Und deswegen bitte ich Sie, nehmen sie unsere Anträge an.

BRAVO!!! APPLAUS aller, insbesondere Progressive.

SPRECHER 8 ab an seinen Platz, **SPRECHER 9** geht auf ans Pult.

Sprecher 9: Meine Damen und Herren,
wir wollen den kühnen Schritt machen und ich beglückwünsche uns dazu, dass wir in Hamburg als erste die Einheitsschule in Deutschland einführen.

Progressive: „Hört hört!“

Ja, meine Damen und Herren so ist es. Aber diese Beschlüsse, Schulgeld und Lehrmittelfreiheit an Volksschulen und Aufhebung der Vorschule wären längst Gesetz, wenn nicht eines schönen Tages der entschlafene Arbeiter- und Soldatenrat uns hier mit der Zumutung gekommen wäre, wir sollten die Hände davon lassen, es handle sich um eine gesetzgeberische Maßnahme und dazu hätten wir kein Recht.

Nun sind wir wieder an demselben Punkte angelangt, und haben bei einer solch historischen Tat dem gesamten Deutschland nichts vorzuweisen als einen nüchternen Beschluss, der uns von den Herren Vorrednern zugemutet wird mit lauter Neben- und Gegenanträgen der sozialdemokratischen Partei?

Es genügt nicht das irgendeine Fraktion und möge sie auch die Majorität im Hause haben, sich etwa im Kaisersaal darüber unterhält und ihre Beschlüsse fasst. Daher beantragen wir eine Prüfung durch einen Ausschuss. Und kommen Sie gar nicht erst auf die Idee dieser Absicht eine Verschleppung der Beschlüsse zu unterstellen.

STILLE, SPRECHER 9 blickt ins Parlament, bleibt an seinem Platz stehen. **Alle anderen: STILLE UND BLICK INS PARLAMENT.**

SPRECHER 1: Tatsächlich war die Durchführung der Umstellung eine schwierige Frage: wie sollte mit bereits bestehenden Klassen der Vorschulen umgegangen werden, mit dem fremdsprachlichen Unterricht in der Sexta, wie sollte all das finanziert werden? Was sollte z.B. mit der alten Witwe passieren, die in der Nähe der schule von

Anna einen kleinen Laden betrieb, in dem gebrauchte Schulbücher und Lehrmittel günstig zu haben waren? Wo konnten all die Schüler, die neu aufgenommen werden müssten, in den Schulen untergebracht werden?

Und doch vieles hatte sich geändert im Hamburger Senat und in der Bürgerschaft. Ein grundsätzlicher Beschluss zur Bildungsreform konnte nicht mehr aufgeschoben werden. Oder doch?

Beratungen untereinander, es bilden sich Gruppen, man tauscht sich aus. Gemurmel. SPRECHER 9 STEHT AM PULT UND BLICKT NACH LINKS UND RECHTS.

SPRECHER 9: In Anbetracht der Uhrzeit, beantrage ich die Beendigung der Beratung und eine Fortsetzung in der nächsten Sitzung oder eine sofortige Abstimmung über die Anträge.

SPRECHER 9 geht ab an seinen Platz. SPRECHER 6 GEHT ANS PULT.

SPRECHER 6: Ich bitte alle Herren, die für eine Beendigung der Beratung und eine Abstimmung zu den Anträgen sind, sich zu erheben.

DIE PROGRESSIVEN ABGEORDNETEN ERHEBEN UND MELDEN SICH.

Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt

Ich bitte alle Herren, die für eine Beendigung der Beratung und eine Fortsetzung in der nächsten Sitzung stimmen, sich zu erheben.

DIE KONSERVATIVEN ABGEORDNETEN ERHEBEN UND MELDEN SICH.

Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen! - Ich eröffne die 6. Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft. - Ich erteile das Wort Herrn Ballerstaedt, SPD.

SPRECHER 6 zurück zum Platz. SPRECHER 10 ans Pult.

SPRECHER 10: Meine Damen und Herren,

In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht große Beunruhigung, weil noch immer keine klare Rechtslage hinsichtlich der Sextenfrage für das kommende Schuljahr geschaffen worden ist. Um dieser Beunruhigung möglichst schnell ein Ende zu setzen und der Vorbereitung der Einheitsschulaufbaues die Wege zu ebnen, ziehen wir unsere vorliegenden Anträge soweit sie sich auf die Privatschulen erstrecken zurück. Ebenso unseren Widerspruch gegen die Aufhebung des Schulgeldes an den höheren Schulen. Wie ich höre haben auch die Demokraten einen Teil ihrer Anträge zurückgezogen, so dass in der vorliegenden Frage unter den drei Fraktionen der linken Seite Einigkeit erzielt wurde.

Damit könnte ich schließen, ich muss aber noch einige kurze Worte gegenüber Herrn D. Rode sagen.

Ich freue mich zunächst feststellen zu können, dass Herr D. Rode jetzt der Einheitsschule zustimmt, was früher nicht der Fall war. Ich hoffe, dass Herr D. Rode in seiner Bekehrung noch weitere Fortschritte machen, dass sich seine Zustimmung aus einer doch noch immer etwas platonisch gearteten Neigung zu einem leidenschaftlichen Begehren der Verwirklichung dieser Idee ausmachen wird.

Ich bedaure, dass Herr D Rode sich nur für die Aufhebung des Schulgeldes an den Volksschulen nicht aber auch an den höheren Schulen ausgesprochen hat. Ohne diese Morgengabe wird seine Neigung keine Erhöhung finden, ohne Aufhebung des Schulgeldes an den höheren Schulen kann die Einheitsschule nicht verwirklicht werden. Wenn ich einen Zwischenruf von Herrn Rode richtig verstanden und gedeutet habe, ist auch er für einen vierstufigen gemeinsamen Unterbau zu haben, weiter gehen die

vorliegenden Anträge zunächst nicht. So dass auch Herr Rode seinen Widerspruch getrost fallen lassen kann.

Des Weiteren ist Herr Rode der Meinung, die Inangriffnahme der Einheitsschule eile nicht so.

Herr D. Rode, ich bin ganz anderer Meinung als Sie. Bereits vor 70 Jahren in der Konstituante von 1849 wurde für Hamburg die Einheitsschule gefordert und bis heute ist nicht ein Schritt zur Verwirklichung getan worden. Unsere frühere Bürgerschaft hat durch ihr Beharren auf der Standesschule ein himmelschreiendes Unrecht an den minderbemittelten Volksschichten begangen. Und Herr D. Rode wird mir zweifelsohne zustimmen, dass die Beseitigung eines Unrechts eine eilige Angelegenheit ist. Die gegenwärtige finanzielle und wirtschaftliche Lage unseres Gemeinwesens macht die Vorbereitung der Einheitsschule gleichfalls zu einer eiligen Angelegenheit. Bei unserer bedrängten Lage dürfen wir uns hinfort weder den Luxus gestatten, dass wir die wertvollen Kräfte aus der Tiefe nicht zur vollen Entfaltung gelangen lassen, noch dürfen wir uns die Vergeudung erlauben, Staatsmittel auszugeben für solche höheren Schüler, die infolge ihrer geistigen Struktur und ihrer Anlagen nicht in die höhere Schule hineingehören. Wohl aber ist es ein dringendes Gebot der Stunde, dass wohl zahlungsunfähigen Fähigen, aber nicht den zahlungsfähigen Unfähigen der Zutritt zur höheren Schule ermöglicht wird.

Außerdem wollen Sie nicht vergessen, dass das Standesschulwesen aufreizend gewirkt hat und gerade in der jetzigen Zeit müssen wir alles vermeiden, was Öl ins Feuer gießt, was erbitternd und aufreizend wirkt.

Zerknirschung bei den Konservativen.

Da wir uns auf die zurzeit unumgänglich notwendigen Forderungen beschränken, wird hoffentlich auch Herr Rode heute seinen Widerspruch aufgeben und unseren Anträgen zustimmen.

Zum Schluss möchte ich noch auf einige Einzelheiten eingehen.

Erstens: In den Hamburgischen Volksschulen mussten bislang die Lehrerinnen die Gelder für Handarbeitssachen bei den Kindern pfennigweise einsammeln, tage und wochenlang.

Zweitens. Der neuzeitliche Unterricht macht es notwendig, dass Schulausflüge zu Unterrichtszwecken unternommen werden.

Alle Kosten dieser Art müssen in der Lehrmittelfreiheit inbegriffen sein.

Im Übrigen, bitte ich sie zum Wohle der Hamburgischen Schulen die Anträge der drei Fraktionen möglichst einstimmig anzunehmen.

SPRECHER 10 ab, SPRECHER 6 ans Pult.

SPRECHER 6: Das Wort hat Dr. Koch, DNVP.

SPRECHER 6 ab, SPRECHER 11 zügig ans PULT.

SPRECHER 11: Meine Damen und Herren!

Meine Freunde stehen dem Gedanken, dem neuen Gedanken der Einheitsschule unvoreingenommen gegenüber und sind bereit, auch hierin mitzuarbeiten, unter der Bedingung, dass eine wirklich gründliche und fachkundige Prüfung erfolgt. Denn es handelt sich doch um einen Sprung ins absolut Dunkle und Ungewisse. Bisher besteht in Deutschland abgesehen von den zarten Anfängen noch kein Einheitsschulwesen, dass uns Erfahrung bieten könnte, auf denen man aufbauen und mit denen man weiterbauen könnte. Und theoretisch ist die Sache keineswegs hinreichend geklärt. Und auch die finanziellen Bedenken werden hier sehr einfach weggeschoben. Es ist eben nicht nur die Frage des Schulgeldes allein, sondern es entstehen Unsummen

anderer Kosten, die mit 25-30 Prozent der Kommunalsteuern der preußischen Städte berechnet werden.

Alle diese Sachen werden einfach so schlanker Hand erledigt, ohne dass sich einer Gedanken macht wie diese Sachen eigentlich gedeckt werden sollen.

Ballerstaedt ruft: „Für Hamburg ein halber Einheitssatz!“

Na ein bisschen mehr wird es ja schon sein, aber sie schaffen im nächsten Halbjahr noch mindestens 10 Einheitssätze hinzu.

GEMURMEL bei den Progressiven.

Was die Lehrmittel angeht, so ist es ein sehr hübscher Gedanke, alle Lehrmittel freizugeben, aber es kommt hinzu, dass mit den freigegebenen Sachen außerordentlich vergeudet wird. Was man geschenkt bekommt, achtet man nicht!

Schumann ruft: Achtet man wohl!

Sie mögen es tun, andere tun es nicht!

Ich habe mir dann nach sachkundiger Beratung durch einen Dritten, ich persönlich bin in der Sache nicht drin, erlaubt den Antrag zu stellen, das man zu besserer Einführung der Einheitsschule einen Unterbau schafft von Volksskindergärten.

„Bravo!!!“ vonseiten der PROGRESSIVEN

Im Übrigen haben wir uns auch erlaubt einen Antrag zu stellen hinsichtlich der Privatschulen.

SPRECHER 9 ruft: Die Anträge sind zurückgezogen!!

Nicht unser! Es sind so fabelhaft viele Anträge gestellt worden, dass ein gewöhnlicher Mitteleuropäer sich gar nicht mehr zurecht finden kann.

Bedenken Sie, dass wenn wir über die Privatschulen sprechen, dass gerade diejenigen Eltern sich für eine Privatschule entscheiden, die eine besondere geistige Erziehung für ihre Kinder wünschen, wenn sie diese Wahlmöglichkeit der Eltern unterbinden und also Kinder im Gegensatz zu der geistigen Auffassung ihres Elternhauses erzogen werden, könnte es zu etwas führen was man in früheren Verhältnissen Kulturkampf genannt hat!

Allgemeines GEMURMEL

SPRECHER 11 AB, SPRECHER 12 ans PULT.

SPRECHER 12: Meine Damen und Herren, Dinkgrefe mein Name, ich bin Neuling in der Bürgerschaft und habe von finanziellen Verhältnissen bisher wenig gehört. Wir haben vorhin gehört dass uns diese Schulfragen ein halbes Prozent der Steuer---

ZURUF KONSERVATIVE: „Ein halber Einheitssatz!!!!“

Also einen halben Einheitssatz kosten. Es wäre mir angenehm, wenn man mir ungefähr eine runde Summe genannt hätte, wie hoch sich die Kosten belaufen. Soweit ich mich erinnere, hat hier in der Bürgerschaft der Herr Senator, unser Finanzminister, gesagt, dass unsere finanzielle Lage sehr schlecht sei. Wenn wir nun neben dem Schulgeld auch noch die Lehrmittel freigeben wollen, werden wir mit unserem Defizit in diesem Jahr noch weitaus höher kommen.

Es ist ausgerechnet worden, dass, wenn vom ganzen deutschen Vaterlande nicht bloß das Schulgeld und die Lehrmittel freigestellt werden sollen, sondern das ganze Unterrichts- und Erziehungswesen, wie es von gewisser Seite geplant ist, das bis zu 20 Milliarden kosten würde.

GELÄCHTER

Wie gesagt ich bin kein Statistiker.

Sie können den Kopf schütteln, aber ich bitte Sie, uns doch einmal ein klares Bild geben zu wollen, wie hoch die Kosten sind. Denn wir müssen Sparsamkeit nach allen Seiten üben. Und da glaube ich, dass wir uns eines der pädagogischen Mittel zur

Erziehung der Sparsamkeit vergeben, wenn wir die Lehrmittel in den Schulen vollständig freigeben.

Allgemeines GEMURMEL.

SPRECHER 12 ab, SPRECHER 7 auf.

SPRECHER 7: Blinckmann, DDP. - Meine verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich noch einige Schlussworte hinzufüge, und einiges sage zu dem, was die Herren vorgebracht haben. Zunächst die finanzielle Seite. Es ist gewünscht worden dass wir Zahlen nennen. Für das Jahr 1911 betrug die Isteinnahme für das höhere Schulwesen 2 051 343 Mark, also rund 2 Millionen Mark für das höhere Schulwesen, denn dieses kommt ja jetzt nur noch in Betracht. Ja, meine Damen und Herren, jetzt fragen Sie: Woher sollen wir das Geld nehmen? Ja woher nehmen Sie es denn jetzt? Ich denke doch auch von den Steuerzahlern. Oder sind die, die das Schulgeld zahlen nicht ihre Steuerzahler? Ich meine es sind gerade diejenigen Steuerzahler, die Kinder zu erziehen und zu ernähren haben und die man sonst gewöhnlich bei Steuerzahlungen und zwar aus ganz berechtigten Gründen, besonders berücksichtigt, indem man ihnen Steuererleichterungen gewährt. Wäre das Geld nicht viel leichter aufzubringen dadurch, dass man es auf diejenigen Steuerzahler verteilte, die vielleicht wirtschaftlich ebenso gestellt sind wie diese? Meine Damen und Herren! Wie sie die Sache auch drehen und wenden, es nützt alles nichts, das Geld muss immer aufgebracht werden von unseren Steuerzahlern, nur dass es anders und gerechter aufgebracht wird.

Herr Dr. Koch wollte nun gleich auch Kindergärten ausbauen, ganz gewiss, dem wollen wir gern zustimmen, aber dies hat nun wirklich noch Zeit. Jetzt handelt es sich darum die Einheitsschule in dem Sinne einzuführen, dass alle Kinder berechtigt sind, alle Schulen zu besuchen.

Außerdem wurde die Schwierigkeit der Umstellung der Lehrpläne bemängelt.

(lauter:)

Halten Sie das für eine so große Unbequemlichkeit, dass diese Pläne umgearbeitet werden müssen? Und wenn sie wirklich nicht in 8 Tagen umgearbeitet sei sollten, halten sie das für ein Unglück? Trauen sie den Lehrern an den höheren Schulen so wenig zu, dass sie nicht einmal kurze Zeit ohne Lehrplan unterrichten können, ohne dass die Schüler etwas verlieren? Damit würden sie den Lehrern ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen.

Dann ist gesagt worden, es herrsche noch keine Übereinstimmung über den Aufbau der Einheitsschule. Aber über eins herrscht Übereinstimmung in den Fachkreisen, dass nämlich der Unterbau mindestens 4 Jahre betragen muss. Die Anträge sind an und für sich von so geringer Tragweite, dass wir darüber nicht noch in einer langen Ausschusssitzung beraten müssen.

Sie haben aber andererseits eine große Bedeutung und die liegt darin, dass wir keinen Tag versäumen dürfen, die geistigen Schätze, die in unserem Volke ruhen, zu heben. Die Stützen unserer Gesellschaft sind Arbeit und Bildung. Sie haben gesagt: Es ist eine Sünde und Schande um jeden Tag, der jetzt durch Streits verloren geht. Dem will ich zustimmen. Aber es ist eine Versündigung an unserem Volk die geistigen Schätze, die in den Massen unseres Volkes liegen, brachliegen zu lassen.

Vielen Dank!

ALLE GEHEN AB!

SPRECHER 1 *geht ins Zentrum:*

Die Bürgerschaft stimmte noch in dieser Sitzung ab, an Hamburger Schulen kein Schulgeld mehr zu erheben und die Lehrmittel auf Antrag kostenfrei zur Verfügung zu stellen, wie es in der Hamburger Konstituanten von 1849 bereits angelegt war: Das war vor 150 Jahren!

Der Sieg auf Seiten der Einheitsschule und der kostenfreien Bildung, schien mit dieser Bürgerschaftssitzung durchgesetzt, das war 1919: Vor 90 Jahren! - Doch schließlich schritt der Senat ein und beantragte die erneute Prüfung des Beschlusses aus finanziellen Gründen. Und so ist am Ende, trotz heftiger Widerstände durch den Abgeordneten Blinckmann von der DDP und den Abgeordneten der SPD und USPD, doch noch ein Kompromiss beschlossen worden. Kein ganzer Sieg für die Reformer, doch immerhin:

Eine vierjährige kostenlose Grundschule, Lehrmittelfreiheit in der Grundschule - und Lehrmittelfreiheit auf Antrag in den höheren Schulen.

Keine staatlichen Kindergärten, keine Abschaffung der Privatschule, keine Abschaffung des Schulgeldes an höheren Schulen, keine komplette Lehrmittelfreiheit an höheren Schulen.

Und doch. Denken wir an Anna - und ihren Bruder. **(PROJEKTION!)**

Für sie bestand nun eine Chance. Es war nicht mehr unmöglich, bessere Bildung zu erlangen.

SPRECHER 1 BLICKT INS PUBLIKUM. DIE LESUNG IST BEENDET. - APPLAUS - KLAUS BULLAN GEHT WIEDER AUF (VOR DER BÜHNE / FUNKMIKRO).

NACHWORT KLAUS BULLAN:

Die Argumente klingen aus heutiger Sicht merkwürdig vertraut. Schon damals trat man für längeres gemeinsames Lernen ein.

Die Frage welche Art von Bildung wir uns leisten ist ein Spiegel der gesellschaftlichen Machtverhältnisse geblieben. Auch heute noch ist es eine Kostenfrage und eine Frage nach Chancen und Benachteiligungen. Heute sind diese Benachteiligungen komplizierter zu benennen, wir haben keine so einfachen Einteilungsmerkmale mehr für unsere Gesellschaft wie die Stände damals. Kinder, die heute Anna heißen, gehören oftmals nicht zu denjenigen, die unser System benachteiligt. Sie heißen öfter Achmed, Kevin, Ayse oder Milad. Sie wohnen in Jenfeld, Billstedt, Steilshoop oder Harburg. Aber auch wir müssen uns fragen, ob wir es uns leisten können ihr Potenzial nicht bestmöglich zu fördern.

Wird Hamburg wieder Vorreiter einer Reform sein, wie vor 90 Jahren? - Lassen Sie uns darüber Sprechen! Sie sind eingeladen zum Gespräch bei Brot und Gulaschsuppe, Bier und Selters! - Bitte!